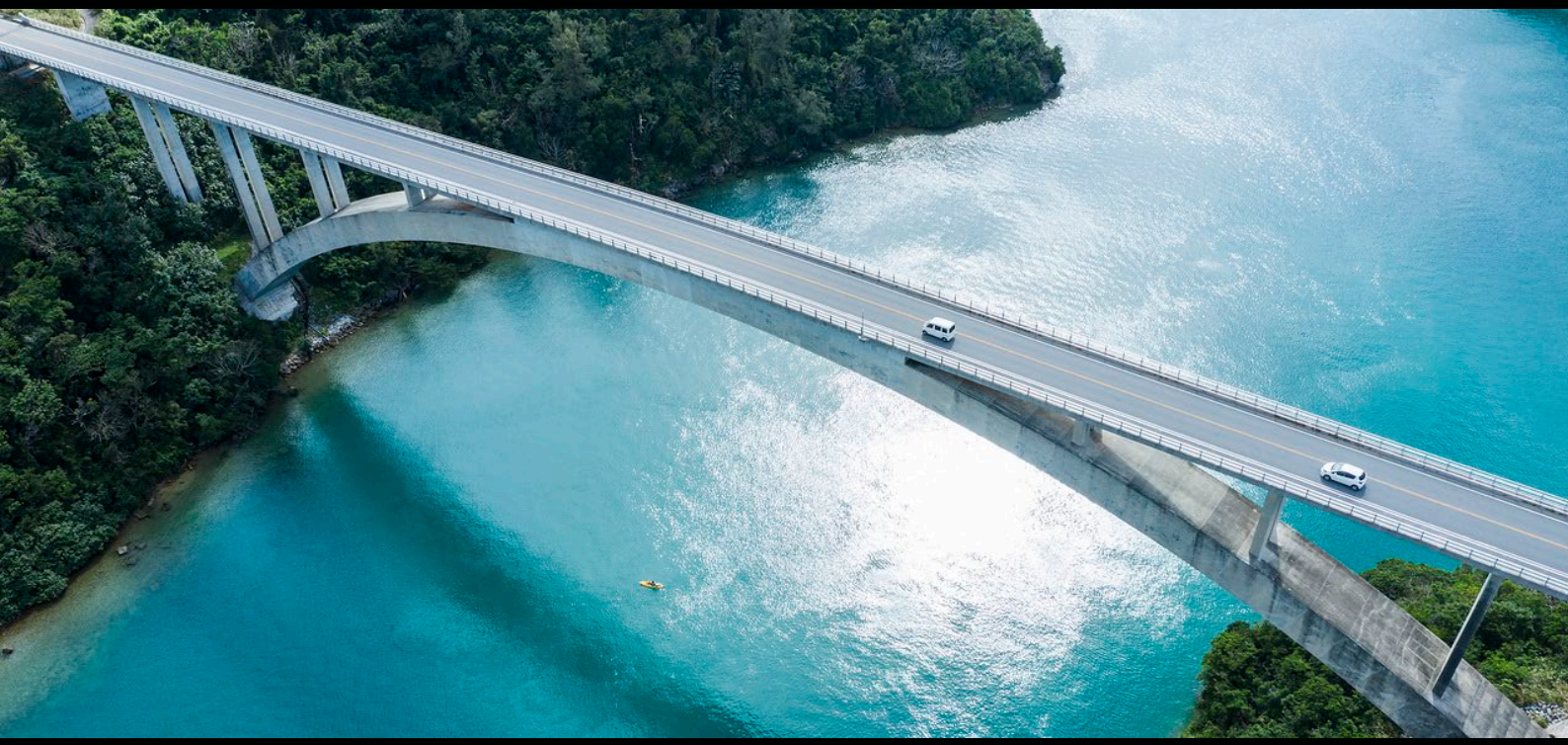

Stärkung wirtschaftlicher und politischer Zusammenarbeit durch Handelsabkommen

Mercedes-Benz

Handelsabkommen können die multilaterale Welthandelsordnung unterstützen. Sie sind zudem ein wichtiges Instrument, um die politische und wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen ausgewählten Partnern zu stärken. In Verhandlungen zwischen ausgewählten Staaten können passgenaue Einigungen erzielt werden, die die konkreten Interessen der Partner reflektieren. Als international aufgestelltes Unternehmen unterstützt Mercedes-Benz bilaterale und regionale Handelsabkommen, die auf den Regeln der WTO basieren.

Die Regelungsbereiche von Handelsabkommen wurden in den letzten Jahren stetig erweitert. Aktuelle Verhandlungen zielen nicht mehr nur auf die Abschaffung von Zöllen und nicht-tarifären Handelshemmnissen ab, sondern erstrecken sich auf deutlich mehr Bereiche. So umfassen Handelsabkommen mitunter Regelungen zu Wettbewerb, Schutz ausländischer Direktinvestitionen, Rohstoffen, Normen und Standards sowie Verpflichtungen zum Schutz des Klimas, der Umwelt und der Arbeitnehmerrechte. Diese Vereinbarungen schaffen das Rahmenwerk zur Erzielung von grundlegenden Vorteilen für die Partnerländer, Unternehmen, Arbeitnehmer und Konsumenten.

Zudem spielen Handelsabkommen für international tätige Unternehmen wie Mercedes-Benz eine wichtige Rolle, um Märkte für Investitionen und Absatz zu öffnen und gleichzeitig das wirtschaftlich Handeln vor Ort abzusichern. Darüber hinaus eröffnen die Regelwerke für die beteiligten Volkswirtschaften Möglichkeiten, ausländische Direktinvestitionen anzuziehen, Arbeitsplätze zu schaffen, Im- und Exporte zu erleichtern und zugleich Schutzstandards für Umwelt, Arbeitnehmer und Konsumenten zu etablieren.

Mercedes-Benz begrüßt Handelsabkommen, die aktuelle wirtschaftliche, technologische und gesellschaftliche Entwicklungen berücksichtigen – auch, um die Beziehungen der EU zu wichtigen Wirtschaftspartnern auf eine solide Grundlage zu stellen. Auch deswegen begrüßen wir die abgeschlossenen Verhandlungen zwischen der EU und dem Mercado Común del Sur (Mercosur, Gemeinsamer Südamerikanischer Markt), die positiven Impulse für die internationale wirtschaftliche Vernetzung bringen können. Daher ist ein zügiges Inkrafttreten wünschenswert, auch durch die weitere handelspolitische Signalwirkung für Freihandelsverhandlungen mit wesentlichen Partnern wie Indien, weiteren ASEAN-Ländern und Australien.

- Verhandlungen der EU müssen beschleunigt und zum Abschluss gebracht werden
  Verhandlungen zu Handelsabkommen der EU stehen trotz aller Erfolge vermehrt vor Herausforderungen und sind zum Teil ins Stocken gekommen. So ist das Canada-EU Trade Agreement (CETA) nach langwierigen Verhandlungen zwar seit einigen Jahren vorläufig in Kraft getreten und umgesetzt – allerdings wurde es immer noch nicht von allen EU-Mitgliedstaaten ratifiziert.

  Während die europäischen Bestrebungen nur langsam vorankommen, setzen andere Staaten mit eigenen Abkommen, z.B. dem Comprehensive and Progressive Agreement

for Trans-Pacific Partnership (CPTPP), dem Regional Comprehensive Economic Partnership (RCEP) oder dem Indo-Pacific Economic Framework (IPEF), politische Zeichen.

Mercedes-Benz befürwortet daher den zügigen Start und die zügige Durchführung von Verhandlungen sowie eine rasche Ratifizierung von Handelsabkommen der EU, um die politischen und ökonomischen Beziehungen zu wichtigen Partnern zu stärken und Wettbewerbsgleichheit mit relevanten anderen Märkten zu schaffen. Hierbei tritt besonders die Prüfung der Gestaltung und der Vertiefung der Handelsbeziehungen zu den USA hervor.

- Verankerung von Klimapolitik, Menschen- und Arbeitnehmerrechten sowie Verbraucherschutz in Handelsabkommen
  Im Einklang mit der Nachhaltigkeitsstrategie ist Mercedes-Benz überzeugt, dass die in der Öffentlichkeit bestehenden Bedenken zu Klimapolitik, Menschen- und Arbeitnehmerrechten sowie Verbraucherschutz in den Texten der Abkommen abgebildet werden sollten. So können Abkommen wie zwischen der EU und Kanada (CETA) oder mit Neuseeland gleichermaßen zu Regelwerken unternehmerischer Verantwortung, zum Schutzinstrument für Menschen und Umwelt sowie zur Grundlage wirtschaftlichen Wachstums werden. Damit tragen sie letztlich auch zu fairen Wettbewerbsbedingungen auf beiden Seiten bei. Wichtig ist bei diesen Aspekten insbesondere, dass die EU ihren Verhandlungspartnern auf Augenhöhe begegnet und deren spezifische politische und wirtschaftliche Ausgangslage berücksichtigt.